

Studie zum Landkonflikt um die Hacienda „Las Pavas“ in El Peñon, Departement Bolívar, Kolumbien und zur Rolle des Bio-Palmöllieferanten DAABON

Kurzfassung der Studie

Ausgangslage und Ziele:

In einer SWR-Reportage von Report Mainz am 22.03.2010 waren gegen die Firma DAABON, einen bedeutenden Produzenten von Bio-Palmöl in Kolumbien, **Vorwürfe von Vertreibungen und Menschenrechtsverletzungen** erhoben worden. Da diese Firma der bedeutendste Lieferant von Bio-Palmöl für deutsche Lebensmittelhersteller ist, wurde auch Alnatura und seinen Zulieferfirmen der Vorwurf gemacht, durch die Firmenkontakte zu DAABON unnachhaltige und unsoziale Praktiken in Kolumbien zu unterstützen.

Zentrale Vorwürfe in der Reportage waren:

- Unrechtmäßige Landvertreibung im Zuge des Aufkaufs einer Länderei für die Ausdehnung der Bio-Palmölproduktion.
- Mißachtung von Umweltschutzbestimmungen und –Standards bei der Erschließung des Geländes für die Ölpalmproduktion.
- Hochwassergefährdung benachbarter Siedlungen durch Errichtung von Dämmen an natürlichen Wasserläufen.

Da die Vorwürfe schwerwiegend waren und sich Alnatura, auch seinen Kunden gegenüber einer umfassenden Nachhaltigkeit entlang der ganzen Wertschöpfungskette verpflichtet sieht, veranlasste **Alnatura** eigene **Untersuchungen vor Ort**. Sie wurden in Auftrag gegeben, um die Sachverhalte aufzuklären und gegebenenfalls Maßnahmen in die Wege zu leiten, um ökologische und soziale Nachhaltigkeitsstandards sicherzustellen.

Die Nachforschungen sollten insbesondere Aufklärung bringen hinsichtlich der rechtlichen Situation in der Landbesitzfrage, der Rechtmäßigkeit der Räumung der Länderei nach deren Besetzung, hinsichtlich möglicher Umweltbeeinträchtigungen durch beteiligte Firmen und bezüglich der Nachhaltigkeit der Bio-Palmölproduktion. Die soziokulturellen Rahmenbedingungen um den Streitfall Las Pavas sollten beschrieben, die Positionen der Streitparteien herausgearbeitet und Lösungsansätze im Konflikt aufgezeigt werden.

Dr. Karl Müller-Sämman, Agentur ANNA in Freiburg und José Restrepo, FIDAR, Kolumbien waren deshalb von April bis Mai 2010 für Alnatura in Kolumbien tätig. Um sich einen Überblick über Fakten und Sichtweisen im Landstreit zu verschaffen führten sie Gespräche mit Anwälten und Rechtsbeiständen der Bauern, mit Vertretern von involvierten Nicht-Regierungsorganisationen, mit der Landreformbehörde INCODER, mit Firmenvertretern und Angestellten von DAABON, Vertretern des Verbandes der Ölpalmenanbauer (FEDEPALMA) und mit klagenden Bauern selbst. Ortstermine im Dorf Buenos Aires (Las Pavas), auf dem Bio-Palmöl-Betrieb Tequendama und bei Bio-Palmbauern der mit DAABON assoziierten Anbaugenossenschaften komplettierten das Programm.

Ergebnisse:

Zu den Randbedingungen ist zunächst anzumerken, dass die Hacienda „Las Pavas“, um die sich der Landkonflikt entzündet hat in einer Region befindet, die bis in jüngste Zeit durch Konflikte rivalisierender Gruppen (Guerilla, Drogenkartelle) und eine relativ schwache Präsenz des Staates gekennzeichnet war. Konflikte um Land und Vertreibungen aufgrund von Kriegshandlungen oder

durch direkten Druck sind vielfach dokumentiert (Madarriaga, 2003). Dies führt dazu, dass im Landkonflikt, in den eine Tochterfirma der DAABON Gruppe verwickelt ist, neben den Bauern auch viele andere Akteure mitwirken, denen an einer exemplarischen und politischen Lösung zugunsten der Kleinbauern gelegen ist. Die Akteure vor Ort handeln also in gewisser Hinsicht nicht fallbezogen und selbständig, sondern auch als Vertreter von Interessengruppen und deren juristischen Beratern. Eine einvernehmliche Lösung des Konflikts wird dadurch erschwert.

Die soziokulturellen Rahmenbedingungen in der Region um das Dorf Buenos Aires sind, auch im kolumbianischen Vergleich, durch organisatorische und infrastrukturelle Defizite, Armut und Unterentwicklung gekennzeichnet. Die 1200 Einwohner leben vom Fischfang (primär zur Eigenversorgung), einer extensiven Weidewirtschaft und einem auf die Selbstversorgung ausgerichteten Ackerbau. Die Lebensumstände der Landbesitzer von Las Pavas sind in vielerlei Hinsicht dürftig und prekär (einfache Behausungen, kein Zugang zu Trinkwasser, fehlende Abwasserbeseitigung, keine ordentliche Gesundheitsversorgung etc.).

Die Nutzung des Landes auf Las Pavas trug in den Jahren der Besetzung des Geländes zur Versorgung der Gemeinschaft bei. Eine bessere Ausstattung der Menschen in Buenos Aires mit Acker- und Weideland könnte zweifellos zur Verbesserung der Lebensverhältnisse beitragen. Dies trifft auch für die Einführung der Ölpalme in der Region zu, die nach nationalen Plänen im Süden des Departement Bolívar sehr deutlich ausgeweitet werden soll. Allerdings stehen die Landbewohner dieser Entwicklung teilweise kritisch gegenüber, da sie neben den neuen Einkommenschancen auch Konflikte um Land, neue Abhängigkeiten und eine Beeinträchtigung ihres Selbstbestimmungsrechts befürchten. Die Konzepte „Entwicklung des Siedlungsgebietes“ und „Entwicklungsgebiet für den Ölpalmenanbau“ weisen zum Teil noch große Unterschiede auf. Die Parteien sind deshalb gefordert diese Sichtweisen in einem Entwicklungskonzept zusammen zu führen, in dem sich Unternehmer und die Bevölkerung mit ihren Interessen berücksichtigt sehen.

Trägt man die Fakten zum Konflikt zusammen, so ergibt sich folgendes Bild:

Vorwurf der Vertreibungen für Bio-Palmöl: Zunächst kann festgehalten werden, dass die Firma DAABON nicht geplant hatte Bio-Palmöl auf „Las Pavas“ zu produzieren. Sie hat sich mit seiner Tochterfirma CI Tequendama, die über jahrzehntelange Erfahrung in der Palmölproduktion verfügt, zu 50% an einer neuen Firma („Palmeras el Labrador“) beteiligt, die gegründet wurde, um Palmöl für das neu aufgelegte nationale Biodieselprogramm in der Magdalena Region zu produzieren. Da CI Tequendama an anderer Stelle auch Bio-Palmöl produziert, wurde der Zusammenhang von Landkonflikt und Bio-Palmöl konstruiert, um so eine internationale Öffentlichkeit für den Streitfall herzustellen.

Landbesitzfrage: Die Firma „Palmeras el Labrador“ hat 2007 das Anwesen „Las Pavas“ gekauft, das von Landlosen und Kleinbauern in Buenos Aires als ihr Land reklamiert wird, weil es ihnen, so ihre Sichtweise, nach einem von ihnen beantragten Enteignungsverfahren rechtlich zustehe. Sie begründeten dies damit, dass der Vorbesitzer das Land, das er 1983 gekauft hatte, im Jahr 1993 verließ, um sich polizeilicher Verfolgung zu entziehen. Die Bauern nutzten in den Folgejahren das aufgelassene Land und die dazugehörigen Kleingewässer für ihre Eigenversorgung. Allerdings wurden sie dabei zwischenzeitlich auch mehrmals durch Guerilla und paramilitärische Gruppen vorübergehend vertrieben. Im Jahr 2006, stellten 123 in der Bauernorganisation ASOCAB organisierte Familien, unterstützt durch Rechtsberater einer Nicht-Regierungsorganisation einen Antrag auf Enteignung („Extinción de dominio“). Der Vorbesitzer hatte das Land mehr als drei Jahre nicht genutzt, womit es nach dem Gesetz enteignet und bedürftigen Kleinbauern zugesprochen werden kann.

Im Jahr 2007 wurde das Anwesen, nachdem die Kleinbauern unter Gewaltandrohung zum Verlassen des Geländes gezwungen worden waren, an die **Firma Palmeras el Labrador** verkauft, die das **Land in guten Glauben erworben** hatte, weil auf dem Gelände keine Nutzung

durch Kleinbauern erkennbar war und sich auch im Grundbuch (vorschriftswidrig) kein Eintrag über das beantragte Enteignungsverfahren für dieses Grundstück fand.

Kompliziert wurden Verfahren und Verkauf durch die Tatsache, dass schon 2006 eine Begutachtung durch die Landreformbehörde stattgefunden hatte, die im Ergebnis die Voraussetzungen für die Enteignung betätigte. Entgegen den Vorschriften wurde das entsprechende Verfahren dann aber nicht sofort, sondern erst November 2008 eröffnet, als das Land schon einen neuen Besitzer hatte, der es wieder nutzte und schon 180 ha Ölpalmen ausgepflanzt hatte.

Wäre schon im Jahr 2006 alles den Vorschriften entsprechend abgewickelt worden, gäbe es nach Auskunft von Juristen in Bogotá vermutlich keinen Streitfall Las Pavas. So aber wurden **durch** diese Inkorrektheit **der Behörden, beide Parteien**, sowohl die neuen Eigner (DAABON Gruppe als Teilhaber), als auch die Kleinbauern in ihren Interessen **geschädigt**.

Die Frage des rechtmäßigen Landbesitzers wurde nach etlichen Anträgen und Einsprüchen im April 2010 von der Landreformbehörde dahingehend entschieden, dass die **Firma Palmeras el Labrador** der rechtmäßige Besitzer ist (Resolution 346 / 2010).

Mit einem juristischen Nachspiel ist aber vermutlich zu rechnen, weil die Aufhebung des Enteignungsverfahrens und die nachfolgende Entscheidung in der Sache aufgrund formaler Mängel geschahen und die Interessen der Kleinbauern dadurch unverschuldet in hohem Maße beeinträchtigt wurden. Auch die Rechtmäßigkeit des Kaufvertrages wird von einigen Juristen noch angezweifelt.

Die Klärung der **Rechtmäßigkeit der Räumung des Geländes** im Juli 2009 muss **offen** bleiben, da dies zumindest in Bezug auf den Zeitpunkt bis heute juristisch umstritten ist, weil Räumungen während noch anhängiger Verfahren normalerweise nicht zulässig sind.

Zu den Vorwürfen der **Missachtung von Umweltvorschriften im Zuge der Erschließung des Geländes für den Ölpalmenanbau** wurde vor Ort recherchiert. Demnach wurden die in der Reportage erwähnten und in drastischen Bildern geschilderten Umweltvergehen, nicht von der Tochterfirma von Daabon organic begangen, sondern von den Firmen „Palmeras del Tumaco“ und der Firma „Palmeras de Puerto Libre“, die in der Nachbarschaft von „Las Pavas“ ebenfalls Ländereien für den Ölpalmanbau erschließen. Dies betrifft sowohl die angesprochene Brandrodung, als auch den ungenehmigten Bau eines langen Schutzdamms, der Gewässerläufe unterbunden und die Hochwassergefahr für die angrenzende Gemeinde erhöht hatte. Allerdings kam es nach Aussagen der Campesinos auch auf dem Gelände des Labrador Konsortiums (50 % Daabon Beteiligung) zum illegalen Zuschütten von Kleingewässern und zum Stau von Wasserläufen durch Wegebau und damit zu Beeinträchtigungen der Gewässerökologie und der Fischbestände, so dass davon ausgegangen werden kann, dass auch das Unternehmen Palmeras el Labrador umweltrechtliche Bestimmungen außer acht ließ.

Bio- Palmölproduktion der Firma DAABON: Dieses Verhalten der Tochterfirma mit Daabon Beteiligung kontrastiert mit den nachhaltigen, umweltfreundlichen und sozial verantwortlichen Produktionsstandards, die auf der „Finca Tequendama“ eingehalten werden.

Feste Arbeitsverhältnisse mit sozialer Absicherung und die Beachtung von Arbeitsschutzbestimmungen gehören auf diesem Betrieb zum Standard. Auch Lieferanten der assoziierten genossenschaftlichen Produzenten zeigten sich zufrieden mit den verlässlichen Geschäftsbeziehungen, die zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen geführt habe.

Die Rückstände der Verarbeitung werden im Kreislauf geführt und Umweltbelastungen soweit technisch möglich vermieden (so wird z.B. der Schlamm aus den Oxidationslagunen nicht in Gewässer geleitet, sondern zur Kompostanlage gepumpt und Qualitätsverbesserung des Kompost genutzt). Nötige Bewässerungsmengen werden mit modernen Methoden berechnet und zur

Förderung der Artenvielfalt sind etwa 10 % der Betriebsfläche als „Reserva Natural“ einer naturnahen Spontanvegetation überlassen.

Die im Bio- Anbau eingehaltenen Standards bei Produktion, Landnutzung und im sozialen Bereich sind nachhaltig und umweltfreundlich. Sie sollten firmenweit landesweit in den Firmenstrukturen von DAABON umgesetzt werden, um nach außen hin eine konsistentes Bild hinsichtlich der Verantwortung für die Umwelt zu vermitteln.

Ansätze zur Lösung des Konfliktes: Bezüglich des Umgangs mit dem Landkonflikt um Las Pavas und dem Vorgehen der Firma Palmeras el Labrador bei der Erschließung des Geländes für den Ölpalmenanbau kann festgehalten werden, dass es eine abschließende Lösung nur auf juristischen Wege nicht geben wird. Den Geschäftspartnern von DAABON wird deshalb vorgeschlagen auf die Firmenleitung einzuwirken die schon laufenden Bemühungen um eine Beilegung des Konfliktes zu intensivieren. Durch die Vermittlung einer dritten Partei kann dies erleichtert werden. Dabei kann von schon bestehenden Angeboten wie der Schenkung von 200 ha Land und dem Angebot zur Korrektur von Umweltschäden in las Pavas ausgegangen werden. Ein gewisses Abrücken von Maximalforderungen wird jedoch auch auf Seiten der ehemaligen Landbesetzer notwendig sein. Die Landreformbehörde INCODER, die in erheblichem Maße Verantwortung für das Zustandekommen dieses Konfliktes trägt, sollte durch finanzielle Entschädigungen oder durch Landvergaben bei einer Lösung beteiligt und in die Pflicht genommen werden.

Auch durch Projekte bei denen die Firma DAABON sich an der Seite öffentlicher Geber für wirtschaftliche und soziale Verbesserungen in der Gemeinde Buenos Aires einsetzt sind denkbar.